Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 200 000 M.

Deutsche Allgemeine Zeitung
Tägliche Rundschau

Dienstag
4. September 1923

4 9 m Nr. 407 200 000
62. Jahrgang.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30—32. Fernsprecher: Amt Jäger 4783—88, 2080—88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941. Die „DTZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis: „B" 1 700 000. „A" in die Stadt

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, Streik oder sonstigen Hindernissen (einschließlich des Betriebs besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Zeilenpreis für Anzeigen 400 000 M. je 30 mm breite mm-Zeile. Behördenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet

Danzig in Genf.

Von unserem Berichterstatter.

Danzig, 2. September.

Der Völkerbundsrat hat sich vorgenommen, bei seiner gegenwärtigen Tagung noch einmal mit allen Danziger Fragen aufzurollen. Er hat bereits eine Kommission bestimmt, die den ganzen Danzig-polnischen Fragenkomplex überprüfen und an den einzelnen Fragen Stellung nehmen sollte, um schließlich dem Rat die zu treffenden Entscheidungen vorzuschlagen. So wird es ja wohl in diesen Tagen auch kommen. In Danzig liegt es nicht, daß die Zahl dieser immer noch schwebenden Fragen die dreißig überschritten hat. Polen kann sich noch nicht darin gewöhnen, mit dem bereits zufrieden zu sein, was der Friedensvertrag unzweideutig zuteilt hat. Es macht nicht nur gegen die Danziger Regierung, sondern auch gegen den Nationalrat Front und hat immer neue Wünsche. Die Zeit der Herren in Genf ist aber kostbar, und so hat Polen einen Wink erhalten, sich etwas verträglicher zu stellen. Ob dieser Wink helfen wird, soll die Zukunft lehren.

Von den Danziger Fragen, die in Genf nicht in Tausch und Bogen zu erledigen sein werden, ist die Prüfung der Finanzlage der Freien Stadt Danzig die wichtigste. Es handelt sich um die Einführung der neuen Währung, um Danzig von den Folgen der Inflation der deutschen Mark unabhängig zu machen. Die finanzielle Fachkenntnis und die Wirtschaftspolitiker sind sich einig darin, daß die erste Folge der neuen Währung unbedingt sein wird: wirtschaftlicher Stillstand für Danzigs Handel und Danzigs junge Industrie. Zu dieses Stadium oder doch einmal hinwunden werden muß, soll es besser sein, wenn die Krise früher eintritt, als sonst zu erwarten wäre. Danzigs Handel und Industrie rufen sehr eindringlich nach der neuen Währung, denn die durch den neulichen Generalstreik auch in Danzig erzwungene Einführung der Goldwährung hat bereits Kreisenlauf erzeugt, und man hofft, bei schnelleiter Einführung der neuen Danziger Währung schneller über die Krise hinwegzukommen. Darüber ist man sich in Danzigs Regierungskreisen bereits klar geworden, daß es mit einem ausländischen Währungskredit in Höhe von 500 000 englischen Pfund wohl nicht werden wird. In London soll wenig Neigung dazu vorhanden sein. In Danzig will man das schwierige Problem aber mit aller Gewalt bewältigen und bereitet schon Gesetze vor, die, wenn es keinen Kredit gibt, diesen Währungsschritt aufzuringen soll, sei es in Pfunden oder in Dollar oder in Franken. Hinter der Regierung stehen in dieser Frage auch die wirtschaftlichen Verbände. Man sollte meinen, daß bei den Riesenumsätzen in Edelvaluta an der Danziger Börse die Aufbringung der vorgenannten Summen im Freistaate selbst nicht unmöglich wäre.

Sonst unterscheiden sich die Verhältnisse in Danzig nur wenig von denen im Deutschen Reiche. Den Generalstreik ist der Streik des Landarbeiter gefolgt; für Milliarden Nahrungsmittel sind verdorben, und trotzdem erkennen sich die Streikpeter und Streikführer völliger Freiheit. Zurzeit ist der Streikpreis der Chemischen Gemüsebauer an der Tagesordnung, da in Danzig seit zwei Wochen auch die übrigen Gemüsebauer streikten und mit vielen Hunderten in das Gewirr der Fäden hineingerissen, aus denen sich Handel und Wandel zusammenspinnt. Trotz der großen Nöte, in denen sich die Zeitungen befinden, wird es von morgen an eine neue Zeitung in Danzig geben, die „Danziger Rundschau", die vorläufig nur einmal in der Woche als Montagsausgabe erscheint. Im benachbarten ehemaligen Westpreußen haben von den wenigen deutschen Zeitungen wieder einige das Leben ausgehaucht.

Seit einigen Tagen liegt im Kaiserhafen der amerikanische Kreuzer „Pittsburg" vor Anker, und der Freien Stadt Danzig seinen offiziellen Besuch abzustatten. Wegen der Tonne um Sardinien unterbleiben alle sonst üblichen offiziellen Festlichkeiten, man begnügte sich mit dem Austausch der Höflichkeitsbesuche und mit einigen Boxkämpfen zwischen Danzigern und Amerikanern an Bord des Schiffes. Am Freitag besichtigten Vertreter der Danziger Presse das Schiff. Der Herr Kommandant begrüßte sie mit einem Kopfnicken und sah überzeugt sie dann einem jungen Offizier, der nicht der deutschen Sprache mächtig war. Zu sehen gab es an Bord herzlich wenig, da die „Pittsburg" ein alter Kasten ist.

R. F.

Um die Freiheit der Rheinschiffahrt.

W. T. B. meldet: Die auf den 21. September d. J. anberaumte nächste Sitzung der Internationalen Zentralkommission für die Rheinschiffahrt ist infolge der Behinderung einer der Delegierten der Niederlande von dem französischen Präsidenten der Kommission auf den 15. Dezember verlegt worden. Als erster Gegenstand auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung wird die Verhandlung der der Kommission von Deutschland schriftlich unterbreiteten Beschwerden über die Verletzung der durch die Mainzer Rheinschiffahrtsakte gewährleisteten Freiheit der Rheinschiffahrt durch die Einbruchsmächte. Mit einer Sinaudsitzung der Verbandlung bis zum Dezember kann Deutschland sich angesichts der Tatsächlichkeit dieser Beschwerden und der in letzter Zeit in zunehmender Weise sich häufenden rechtswidrigen Eingriffe in die Freiheit der Rheinschiffahrt nicht einverstanden erklären.

Die deutsche Delegation hat daher durch ihre Delegierten in der Zentralkommission den Antrag auf umgehende Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Kommission dem Präsidenten übermittelt lassen.

Das neue spanische Kabinett.

Madrid ist das Kabinett umgebildet. Chapariota übernimmt das Finanzministerium, Portela das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Rosado das Arbeitsministerium. Die übrigen Stellen bleiben in den Händen der bisherigen Minister.

Die amerikanischen Märkte blieben gestern geschlossen wegen „Labor Day".

Das Erdbeben in Japan.

Der Kaiserpalast in Tokio eingeäschert. — Ungewisses Schicksal der deutschen Botschaft.

Nach einem an Berliner zuständiger Stelle aus Kobe eingetroffenen Telegramm bestätigt es sich, daß Tokio und Yokohama von Erdbeben schwer betroffen worden und Kobe hat nicht gelitten. Die telegraphische Verbindung von Kobe mit Tokio und Yokohama ist unterbrochen. Das stark exponierte **deutsche Konsulat in Yokohama ist wahrscheinlich sich zerstört.** Von der deutschen Botschaft in Tokio liegen bisher keine Nachrichten vor. Wir verzeichnen folgende weitere Meldung:

London, 3. 9. (T. U.) Mit jeder neuen Nachricht aus Japan enthüllt sich ein schrecklicheres Bild der Folgen, die das große Erd- und Seebeben über das Land und insbesondere über die Städte Tokio und Yokohama gebracht hat. In Tokio spielten sich herzzerreißende Szenen als das Erdbeben und der linken folgende Niederbrand die Bevölkerung überraschte. Tausende kamen in den Flammen um. Die Zahl der Opfer in Tokio allein wird auf weit über 100 000 geschätzt. Die Straßen sind mit Leichen überlastet. Das Flammenmeer breitete sich unaufhaltsam aus, weil in der allgemeinen Kopflosigkeit kein Mensch an Löschen denkt. Das Feuer hat bereits einen großen Teil der Stadt zerstört. Die Flammen sind u. a. zum Opfer gefallen das Arsenal, der Kaiserliche Palast und der Hauptbahnhof. Während des Erdbebens wurden viele Eisenbahnzüge aus den Schienen geschleudert. In Yokohama brach das Feuer im Hafenviertel aus und zerstörte den größten Teil der Stadt. Bei dem ersten Erdstoß schon konnten in Nagoya keine Kirchen mehr stehen. Bei den zahlreichen Fischerdörfern kleinen Ortschaften ist die große Flutwelle vollkommen zerstört; aber hier sind Tausende von Menschenleben zu beklagen. Ein drahtloses Telegramm aus Funabashi berichtet von schrecklichen Szenen in dieser Stadt, wo die Hafenschäude und Lokpläne niederbrannten. Inzwischen hat schon eine Hilfsaktion eingesetzt. Von Osaka aus sind Züge mit Lebensmitteln usw. nach Tokio unterwegs, und die in Nagoya liegende Flottenabteilung schickt sich an, Flugzeuge mit Hilfsmaterial nach Tokio zu entsenden. Die Regierung hat außerdem durch einen drahtlosen Rundspruch die gesamte Kriegsflotte zur Hilfeleistung herbeigerufen. Wie aus New York gemeldet wird, hat der Präsident der Vereinigten Staaten an die Kaiserin Kaiserin Witwe amerikanische Flotte zur Hilfeleistung nach Yokohama beordert.

Der Kaiserin von England hat dem Kaiser von Japan drahtlich ein tiefes Mitgefühl zum Ausdruck gebracht.

Osaka, 3. 9. Ein Stadtteil von Tokio ist von der Springflut fast weggeschwemmt worden, in Atsugya und Yokohama liegt kein Haus mehr. Die Inseln Oshima, die auch als Sommeraufenthalt benutzt wird, liegt vollkommen unter Wasser. Der Vulkan auf der Insel hält dauernd dunkle Rauchwolken aus. Es wurden verschiedene Militärflieger angeschickt, die den Auftrag haben, sich einen Eindruck über die Lage in Yokohama und Tokio zu bilden. Einer der Flieger berichtet, der von einem Fluge zurückgekehrt ist, erklärt, es sei ihm unmöglich gewesen, genaue Beobachtungen anzustellen, weil es gegenwärtig war, infolge der ungeheuren Rauchwolken, in die die Städte eingehüllt sind, in großer Höhe zu fliegen.

Osaka, 3. 9. Nach der gestrigen Sitzung des Ministerrates hat Graf Ochiaki, der interimistische Premierminister, den Belagerungszustand verhängt. Der neue Ministerpräsident Yamamoto hat das Kabinett gebildet. Die letzten Depeschen lassen, daß die neue Regierung gestern trotz des Erdbebens ihr Amt angetreten hat und den Belagerungszustand aufrechterhielt. Aufgeboten hat der Botschafter den Diplomatischen Vertreter, die sich zur Zeit der Katastrophe zumeist in Tokio aufgehalten haben dürften, liegen noch keinerlei Nachrichten vor. Die Bank von Yokohama und das Grand Hotel sind eingestürzt.

Der deutsche Botschafter in Tokio ist beauftragt worden, anläßlich der Erdbebenkatastrophe das Beileid des Reichspräsidenten dem japanischen Regenten persönlich auszusprechen. Außerdem hat der Botschafter den Auftrag erhalten, der japanischen Regierung das Beileid der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Pariser Pressestimmen über die Kanzlerrede.

Paris, 3. 9. (W. T. B.)

Die Rede des Reichskanzlers in Stuttgart wird von allen Seiten als Ereignis verzeichnet. Einige Auszüge erscheinen, daß haben nur die wenigsten Blätter Zeit gefunden, sich zu ihr zu äußern. „Matin" hebt als das Wichtigste an der Rede hervor, daß, daß die wirtschaftlichen Interessen die Welt beherrschen, eine Wirtschaftsentente gefunden werden müsse. Das sei richtig. Es gebe aber kein Beispiel eines Wirtschaftsbündnisses ohne politischen Bund und keinen politischen Bund ohne Aussöhnung der Vertrüge. Der wirtschaftliche Grundgedanke sei, daß Deutschland alles opfern wolle, um es Mitte 1924 dahin zu bringen, daß es bekommen. Dieser Grundsatz sei verständlich, aber wie sehr wahrscheinlich er die Besiegerpartei zu Zugeständnissen durch Frankreich zu bringen kommt zu dem Schluß, daß die Unterstützung offensichtlich weiter gehen könne, es sei aber für Frankreich besonders wichtig, daß sie bestendet werde.

„Petit Journal" ist der Ansicht, daß die Rede des Reichskanzlers die Einleitung einer neuen Politik bezüglich der Reparationen und der Ruhrfrage bedeute. Der zum Ausdruck gebrachte Wille zu aktiver Politik sei der Hauptpunkt der Erklärung des Kanzlers. Er habe mit unbestreitbarer Geschicklichkeit Hinweise gegeben, die ein Fingen für seinen Wunsch seien, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Dieses sei aber noch weit entfernt, wenn man keinen Hinweis auf die Zugeständnisse, die er zu machen gewillt sei, mit den direkten Nachbarn Frankreichs gegeben hat, aber der Kanzler sei so vorsichtig gewesen, zu erklären, daß er nicht sein letztes Wort gesprochen habe.

Der neue Völkerbundspräsident.

Genf, 3. 9. (T. U.) Heute nachmittag trat die Völkerbundsversammlung zur Wahl des Präsidenten der diesjährigen Tagung zusammen, und zwar gab es eine ziemliche Ueberraschung. Es wurde nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, der Schweizer Bundespräsident Motta, sondern der Kubaner de la Torriente gleich im ersten Wahlgange gewählt. Motta erreichte auf sich 19 Stimmen, der Kubaner 24. Zwei Stimmen waren zersplittert und fünf haben sich der Stimme enthalten.

Italien für Entscheidung durch den Haager Gerichtshof.

„Der Völkerbund nicht zuständig."

Rom, 3. 9. (W. T. B.)

Wie die „Agenzia Stefani" meldet ist die italienische Regierung nach wie vor entschlossen, bei ihrem Standpunkt zu bleiben, daß der Völkerbund nicht zuständig sei, über den italienisch-griechischen Konflikt zu entscheiden, da es sich um eine Angelegenheit handelt, bei der die italienische Ehre die nationale Würde und das lebenswichtigste Staatsinteresse auf dem Spiel stünden. Es scheine indessen daß die italienische Regierung, falls diese Auffassung im Völkerbund abgelehnt werde, sich dem nicht widersetzen würde, daß der Internationale Gerichtshof im Haag mit der Prüfung der Kompetenzfrage betraut werde.

Die Lage im Mittelmeer.

Die Strafe von Corfu zuerst.

Athen, 3. 9. (W. T. B.) Die griechische Regierung wird die italienische Gesandtschaft durch eine Abteilung von 30 Gefangen bewachen lassen. Die Blätter melden, daß Admiral Bellini allen griechischen Schiffen die Durchfahrt durch die Meerenge von Otranto verboten habe. Aber griechische Schiffe wurden in den italienischen Häfen urrückerhalten. Alle griechischen Schiffsbesatzungen hätten die Häfen nach Italien eingeleitet. Ein italienisches Unterseeboot habe den griechischen Dampfer Georgios in der Meerenge von Korfu beschlagnahmt.

Nach einer römischen Meldung haben die italienischen Truppen und Marineinfanterie ihre Besetzung der kleinen Inseln Paxos und Antipaxos ausgeführt. In Korfu herrscht völlige Ruhe.

Italienische Pressestimmen.

Rom, 3. 9. (Agenzia Stefani.) Einige Blätter haben von einem unfreundlichen Charakter der italienischen Aktion gegen Korfu hervor und erzählen sich in Betrachtungen über die Neutralität des Gebietes. In Wirklichkeit habe der Londoner Vertrag vom 14. November 1863 die Neutralität der Jonischen Inseln bei ihrer Vereinigung mit Griechenland festgelegt. Diese Neutralität erstreckte sich gemäß Artikel II ff. des Londoner Vertrages vom 29. März 1864 allein auf die Inseln Korfu und Paxos. Dieser Vertrag sei jedoch zwischen Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Rußland und Griechenland ohne jede Teilnahme oder Einbeziehung Italiens abgeschlossen worden. Die Pflicht, die Neutralität Korfus anzuerkennen, bestehe also nur für die betreffenden Staaten, aber nicht für Italien. Außerdem stehe diese Frage nur außerworten werden, wenn es sich um kriegerisches Vorgehen handele, während die Besetzung durch Italien ein einfaches Pfandmittel ohne jeden kriegerischen Charakter darstelle. Wenn die Neutralität ferner die Pflicht auferlege, keine feindseligen Handlungen gegen das neutrale Gebiet zu unternehmen, so schließe das nicht aus, das das Gebiet in nichtkriegerischer Absicht zu belegen. Ferner dürfe nicht vergessen werden, daß man während des Krieges neutrale Gebiete als Verbindungsmittel benutzen dürfe, wie in auch während des Weltkrieges die an der Neutralisierung Korfus beteiligten Staaten die Insel als Kriegsmittel und Stützpunkt für ihre militärischen Kräfte betrachtet, und auf der Insel sogar ein serbisches Armeekorbkommando einrichtet hatten. Die Besetzung Korfus durch Italien in nichtkriegerischer Absicht erscheine also in keiner Hinsicht als ein Widerspruch gegen das Völkerrecht und sei vollständig gesetzmäßig.

Griechische Protestkundgebungen.

Athen, 3. 9. Aus Saloniki wird berichtet, daß die öffentliche Meinung sehr aufgeregt ist. Die Hafenarbeiter haben das Ausladen der italienischen Schiffe abgelehnt. Die Bahnbeamten des italienischen Handels findet nicht die allgemeine Zustimmung. Die Heimatsüchtigen Flüchtlinge haben eine große Versammlung abgehalten, in der sie gegen die Besetzung des Lagers auf Korfu, in dem griechische und armenische Flüchtlinge waren, protestierten.

Rom, 3. 9. Die „Agenzia Stefani" meldet aus Athen: Nach der Zeremonie an Ehren der Opfer von Korfu in der Kathedrale veranstaltete heute eine große Volksmenge mit Bannern eine stürmische Kundgebung gegen Italien.

Der griechische Verband für den Völkerbund richtete an den Völkerbundsrat, an den Generalsekretär des Völkerbunds, an die Botschafter in Paris, London, Brüssel und New York Telegramme, in denen die Intervention des Völkerbundes zu Gunsten der Bevölkerung von Korfu erbeten wird, und Protest gegen die Beschießung der Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind, und gegen die in Athen noch andauernden Kortiosen hielten am Nachmittag eine Protestversammlung ab. Der Athener Metropolit richtete einen Protest an den Völkerbund und an den Erzbischof von Canterbury.

Die öffentliche Meinung entrüstet sich lebhaft über den Gewaltakt. Alle Theater aber haben geschlossen. Der Verband der griechischen Presse richtete einen Protest an die Weltpresse. Der Ausschuß für die unerlösten Griechen wandte sich mit einem Appell an die Mächte und Parlamente von Europa und Amerika. Die Athener Handelskammer nahm eine Protestentschließung an, die sich an die internationalen Wirtschaftsverbände wendet, und betont, daß durch die gegenwärtigen Ereignisse der Handelsverkehr fast völlig unterbunden sei. Die politisch kaufmännische Partei nahm eine an die freien und zivilisierten Völker gerichtete Protestresolution gegen die Gewaltat Italiens an.

Grubenunglück in Australien.

A. London, 5. 9. (Eigenbericht) **Berichten aus Melbourne (Australien) zufolge ist es bei den Ausschachtungen von Beldibi (Neu-Südwales) eine furchtbare Schlagwetterkatastrophe. Von den verschütteten 31 Bergarbeitern konnten nur fünf gerettet werden.**

Kbg. **Wien,** 3. 9. (Eigenbericht.) Polizeipräsident Schober eröffnete heute 9 Uhr vormittag den **Internationalen Polizeikongreß, zu** den 600 Teilnehmern aus allen Ländern, die Landeshauptleute Oesterreichs und die leitenden Funktionäre der Staatsanwaltschaften in Wien erschienen sind.

Paris, 3. 9. (W. T. B.) Der frühere polnische Ministerpräsident Paskiski ist aus Tokio bei Wains in Frankreich eingetroffen.

Keine englische Sonderaktion.

Anweisung an die britische Völkerbundsdelegation, die Intervention des Bundes herbeizuführen.

A. London, 3. 9. (Eigenbericht.)

Die Rückkehr Lord Curzons hat die erfreuliche Wirkung gehabt, daß die bisher stark schwankende Haltung der englischen Politik sich festigte und daß sich nunmehr ein ziemlich klares Bild der englischen Auffassung gewinnen läßt. Danach wird die Londoner Politik von zwei Gesichtspunkten bestimmt. Eine englische Sonderaktion, die in den ersten Tagen des Konflikts beabsichtigt war, und die in einem Teil der englischen Presse auch energisch gefordert wurde kommt nicht in Frage. Die gegenwärtige Regierung legt vielmehr Wert darauf, festzustellen daß sie die „Politik mit Drohbriefen" des früheren Koalitionskabinetts nicht fortsetzen will, und daß sie auch durch keinerlei geheime Abmachungen mit Griechenland gebunden ist, wie dies von italienischer Seite behauptet wurde. England soll aus seine bekannten Interessen in Bezug auf die Sicherheit der Verbindungswege im Mittelmeer vorläufig in den Hintergrund, die bekanntlich bisher ebenfalls sehr stark in der Presse betont worden sind. Sachlichkeit wird auch angesehen, daß die Verletzung insofern nicht ganz geklärt ist, als die Neutralitätsvertrag von 1864 durch spätere Verträge beeinflußt worden sein mag. Indem England auf diese Sonderbestimmung verzichtet, und indem es jede Teilnahme für die eine oder andere Seite ablehnt, hält es durchaus an seiner Auffassung fest, daß der Konflikt durch den Völkerbund geregelt werden könne. Die ablehnende Haltung Mussolinis hat an dieser Auffassung nichts geändert im Gegenteil hat **die englische Delegation in Genf die endgültige Anweisung erhalten, den englischen Standpunkt mit allen Mitteln zu vertreten.** Lehnt Italien eine Intervention des Völkerbundes ab, so soll nach englischer Auffassung die Genfer Versammlung zunächst erklärend, daß sie sich hierzu stellen will. Die englische Regierung scheint also, so wie die Dinge im Augenblick liegen, entschlossen zu sein, diesen Weg bis zum Ende zu gehen, selbst wenn er die Gefahr einer Sprengung des Bundes sehr nahe bringen könnte. Jedenfalls richtet sich hier die ganze Aufmerksamkeit geometrisch nach Genf. Es wird sogar mit der Möglichkeit gerechnet, daß Baldwin persönlich dort hingehen wird.

Nur wenig Interesse für Ruhrfragen in London.

A. London, 3. 9. (Eigenbericht.) Die Rede Dr. Stresemanns in Stuttgart und die Vorgänge im Ruhrgebiet finden zur Zeit hier nur wenig Beachtung, da die öffentliche Meinung ganz in Anspruch durch den italienisch-griechischen Konflikt in Anspruch genommen ist. Einige Aeußerungen finden sich nur in dem deutschfeindlichen „Evening Standard", dem Schwesterblatt der „Daily Mail". Das Blatt verzeichnet das Gerücht, daß die im Frankfurter Stadtwald sprießenden Pilzen, wiederholt von Marokkanern angehalten und beläßigt.

Eisenbahnaustreibung.

Darmstadt, 3. 9. (W. T. B.) Von den Franzosen wurden wiederum 44 Eisenbahnbedienstete aus dem Bereich der Eisenbahndirektion Mainz „ausgewiesen". In Ludwigshafen wurden ein lediger und 23 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und 35 Kindern ausgetrieben.

Drohung mit „Sanktionen".

Mainz, 3. 9. Von den Franzosen ist ein „Befehl" für die besetzten Gebiete von Rheinhessen, Kreuznach und der Nahe erlassen worden, in dem von der deutschen Bevölkerung die Ueberwachung nicht nur der Bahnübergänge und sonst sämtlicher Bahnstrecken, der Güterbahnhöfe und der Straßen und Wege, die in das bisher unbesetzte Wiesbaden führen, von den Franzosen ihrer gesamten Gebietsgrenze berauht worden. So wurde auch der britische Generalkonsul Gosling und seine Frau, als sie im Frankfurter Stadtwald spazieren fuhren, wiederholt von Marokkanern angehalten und beläst